Das Bundesinnenministerium (BMI) beruft Christine Schirrmacher in den „Beraterkreis Islamismusprävention und Islamismusbekämpfung“

Die Bonner und Leuvener Professorin für Islamwissenschaft Christine Schirrmacher ist zum wiederholten Male in ein Gremium des Bundesinnenministerium berufen worden, diesmal in den „Beraterkreis Islamismusprävention und Islamismusbekämpfung“, der unter anderem einen im Koalitionsvertrag vereinbarten Bund-Länder-Aktionsplan erarbeiten soll.

Christine Schirrmacher hatte schon zuvor in mehreren dem Bundesinnenministerium zugeordneten Gremien mitgearbeitet. Aktuell ist sie Mitglied des Beirats des Zentrums für Analyse und Forschung (ZAF), einer im Aufbau befindlichen interdisziplinären Forschungsstelle beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV). Zuvor war sie 2020–2023 Mitglied des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit (UEM) beim Bundesinnenministerium und 2015–2023 auf Vorschlag des Deutschen Bundestages Mitglied des Beirats der vom Innenministerium verantworteten Bundeszentrale für politische Bildung. Außerhalb des Innenministeriums war sie 2016–2024 vom Deutschen Bundestag berufenes Mitglied des Kuratoriums des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR), 2000–2023 Gastdozentin an der Akademie Auswärtiger Dienst des Auswärtigen Amtes, Berlin und ist seit 2015 Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Bundes Deutscher Kriminalbeamter.

Christine Schirrmacher ist zudem Mitglied des Zentrumsrates des Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies (CASSIS) an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Das CASSIS arbeitet mit mehreren Bundesministerien zusammen, vor allem dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Auswärtigen Amt, aber auch mit dem Bundesministerium des Innern und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Diese Zusammenarbeit umfasst Sicherheitsfragen, strategische Analysen und integrationspolitische Themen, bei denen CASSIS wissenschaftliche Expertise liefert und Politikberatung durchführt.

Christine Schirrmacher ist auch als Gutachterin bekannt, so mehrfach für den Deutschen Bundestag, jüngst für einen Untersuchungsausschuss des Parlamentes von Sachsen-Anhalt, oder zu Ehrenmordprozessen, wie zuletzt in Berlin (BILD und taz berichteten.

Die WELT berichtet:

> *„Insgesamt soll das BMI für das Thema Islamismusprävention acht Millionen Euro bereitstellen. Staatssekretär Christoph de Vries hofft unter anderem auf den Ausbau der Forschung in dem Bereich. Bislang sei dies in Deutschland eine Leerstelle. Zudem stellt das BMI die mögliche Entstehung einer Dokumentationsstelle für den politischen Islam nach österreichischem Vorbild in Aussicht.“*

Meldung des Arbeitskreises Politischer Islam:

„BMI richtet ‚Beraterkreis Islamismusprävention und Islamismusbekämpfung‘ als ständiges Gremium ein“

Das Bundesinnenministerium (BMI) hat am 21. November 2025 einen weiteren Baustein der Strategie zur Bekämpfung des Islamismus in Deutschland vorgestellt: ein breit aufgestellter Beraterkreis soll den im Koalitionsvertrag vereinbarten Bund-Länder-Aktionsplan erarbeiten und den legalistischen Islamismus sowie den ideologischen Nährboden islamistischer Radikalisierung stärker in den Blick nehmen.

Der Parlamentarische Staatssekretär Christoph de Vries erklärte, die bisherige Task Force Islamismusprävention werde inhaltlich weiterentwickelt und personell neu aufgestellt. Das neue Gremium trägt den Namen „Beraterkreis Islamismusprävention und Islamismusbekämpfung“ und solle ein deutlich breiteres Themenspektrum abdecken als seine Vorgängerin.

Zentrale Aufgabe des Kreises sei die Erarbeitung eines Bund-Länder-Aktionsplans Islamismusbekämpfung, wie es der Koalitionsvertrag vorsieht. De Vries betonte, der Islamismus stelle eine Bedrohung für die freiheitliche Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar und wirke als Treiber für Desintegration. Dies zeigten nicht nur die zahlreichen vollendeten und vereitelten islamistischen Terroranschläge des letzten Jahres, sondern auch die zunehmende Radikalisierung im digitalen Raum, die Verbreitung islamistischer Narrative sowie islamistische Einflüsse an Schulen und Hochschulen – etwa in Form von religiösem Mobbing, strikter Geschlechtertrennung und Kalifatsdemos mit tausenden Teilnehmern.

Der Staatssekretär erklärte, man müsse den Blick künftig stärker auf den ideologischen

Nährboden des Islamismus richten. Neben repressiven Maßnahmen wie Vereinsverboten brauche es einen ganzheitlichen politischen und gesellschaftlichen Ansatz, der bislang fehle. Ziel sei es, gesellschaftlich-präventive Strategien unter Einbeziehung wissenschaftlicher, praktischer und sicherheitsbehördlicher Expertise zu entwickeln und islamistische Strukturen, Aktivitäten und Einflüsse systematisch darzustellen.

De Vries dankte den bisherigen Mitgliedern der Task Force für ihre Arbeit und gab zugleich die neue Besetzung des Beraterkreises bekannt. Der Beraterkreis besteht aus den folgenden 15 Personen:

Bereich Wissenschaft und Forschung

Dr. Christine Schirrmacher, Universität Bonn und Leuven
Dr. Mouhanad Khorchide, Universität Münster
Dr. Ruud Koopmans, Humboldt-Universität zu Berlin
Dr. Kyrill-Alexander Schwarz, Universität Würzburg
Bereich Praxis, Prävention, Deradikalisierung und Integration

Güner Balci, Integrationsbeauftragte des Bezirks Neukölln
Gülden Hennemann, Justiz Bayern
Ahmad Mansour, Psychologe, Geschäftsführer der Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention (MIND)
Ali Ertan Toprak, Bundesvorsitzender der Kurdischen Gemeinschaft Deutschland e.V.
Hans-Jakob Schindler, Counter Extremism Project (CEP Germany), ehemaliger Koordinator des VN-ISIL-/Al-Qaida-Monitoring Teams
Rebecca Schönenbach, unabhängige Beraterin im Bereich Terrorismusbekämpfung und Extremismusfinanzierung
Bereich Sicherheitsbehörden (Bund und Länder)

Florian Endres, Leiter des Kompetenzzentrums Islamismusprävention und Deradikalisierung im BAMF
Aladdin Sarhan, Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
Falko Liecke, Staatssekretär für Jugend und Familie in Berlin
Nina Dierkes, Bundesamt für Verfassungsschutz
Lars Rückheim, Bundeskriminalamt

Dem Gremium wird ein Lenkungskreis aus dem Bundesinnenministerium vorstehen, welcher von Staatssekretär Christoph de Vries geleitet wird. Er sagt:

> *„Die Religionsfreiheit wie auch die Freiheit zur Religionskritik sind hohe Güter, die es zu bewahren gilt. Dazu gehört auch, sie vor jenen zu schützen, die sie für politische Zwecke und Ideologien missbrauchen, indem sie sich gegen andere Religionen und unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung richten.*
>
> *Terroranschläge, Online-Radikalisierung, religiöses Mobbing an Schulen, strikte Geschlechtertrennung an Hochschulen und Kalifatsdemonstrationen auf unseren Straßen sind unübersehbare Zeichen einer islamistischen Polarisierung und Radikalisierung in Deutschland. Der Islamismus ist eine große Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land. Die größte Gefahr ist nicht die Gewalt allein, sondern das schleichende Gift der Ideologie. Islamisten – gleichwohl ob sie gewaltbereit sind, oder keine Gewalt ausüben – muss mit gleicher Ablehnung begegnet werden, wie den politischen Extremisten von links und rechts. Unsere Botschaft ist klar: Wir treten allen verfassungsfeindlichen Bestrebungen mit derselben Entschlossenheit und Konsequenz entgegen.*
>
> *Insbesondere der nicht gewaltsam agierende Islamismus wurde lange Zeit unterschätzt – nicht zuletzt durch das geschickte Agieren seiner Vertreter. Die Neubesetzung und Neuausrichtung des Gremiums ist der erste wichtige Schritt, dies nun zu ändern.*
>
> *Ich bin dankbar, dass sich 15 Experten aus Wissenschaft, Praxis und Behörden von Bund und Ländern bereit erklärt haben, im Beraterkreis Islamismusprävention und Islamismusbekämpfung mitzuwirken und einen Bund-Länder-Aktionsplan zu erarbeiten. Dieser soll einen ganzheitlich strategischen Ansatz verfolgen und konkrete Handlungsempfehlungen in Themenfeldern wie Prävention und Repression im digitalen Raum, Aufklärung und Sensibilisierung insbesondere öffentlicher Stellen, Islamismusfinanzierung und ausländische Einflussnahme, wissenschaftliche Grundlagenforschung zum Thema Islamismus, Förderung der Errichtung von Lehrstühlen, Radikalisierung und religiöses Mobbing an Schulen und islamistischer Antisemitismus, evidenzbasierte Erfolgs- und Wirksamkeitskontrolle von geförderten Präventionsmaßnahmen sowie Errichtung einer Dokumentationsstelle Politischer Islam beinhalten.“*